



239 Bericht von Mattis Beckmannshagen und Annika Sperling

Durchschnittliche Arbeitszeiten in Deutschland sinken, Gesamtarbeitsvolumen auf Rekordhoch

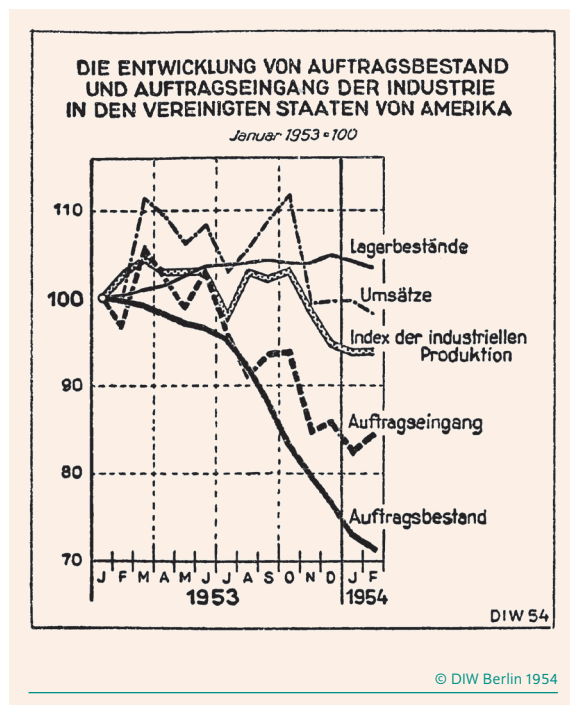
- DIW-Studie untersucht, wie sich Arbeitszeiten und Unterbeschäftigung seit Wiedervereinigung entwickelt haben
- Mütter würden Erwerbsarbeitszeit oft gern ausdehnen, tragen aber Hauptlast im Haushalt und bei Kinderbetreuung
- Angesichts des Fachkräftebedarfs sollten Hürden bei Ausweitung der Arbeitszeit abgebaut werden

247 Interview mit Mattis Beckmannshagen

248 Kommentar von Marcel Fratzscher

Geldpolitik: Mehr Mut zur Zinswende!

Die amerikanische „recession“



Das entscheidende Ereignis im Rahmen der gegenwärtigen Konjunktur der westlichen Weltwirtschaft ist der leichte Konjunkturabschwung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Seine Bedeutung für die übrige Welt wird dadurch nicht kleiner, daß sich aus bestimmten Gründen die internationalen Rückwirkungen dieser amerikanischen „recession“ nur mit Verzögerung bemerkbar machen können. Diese Gründe liegen in dem vorläufig noch zum Teil starken „strukturellen“ Auftrieb in anderen Ländern, vor allem in Westeuropa, und der Ermöglichung dieser „Sonderkonjunkturen“ durch die außerwirtschaftlich bedingten Leistungen der Vereinigten Staaten. Diese amerikanische „recession“ ist ihrer Herkunft nach kein Lagerabbau-adjustment, sondern das gemeinsame Ergebnis der Beendigung des Anstiegs der Staatsausgaben und einer gewissen Stagnation (auf hohem Niveau zwar) der Investitionen, womit auch die allgemeine Einkommenerweiterung und Verbrauchssteigerung aufhörte. Bisher wurden die von da ausstrahlenden Abschwächungskräfte durch staatliche konjunkturpolitische Maßnahmen nur sehr unzureichend bekämpft, so daß sie sich — abgesehen von gewissen Anzeichen einer kleinen, rein saisonbedingten Frühjahrsbelebung — vorläufig noch weiter auszuwirken scheinen.

Aus dem DIW Wochenbericht Nr. 16/17 vom 23. April 1954

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

91. Jahrgang 17. April 2024

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.;
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

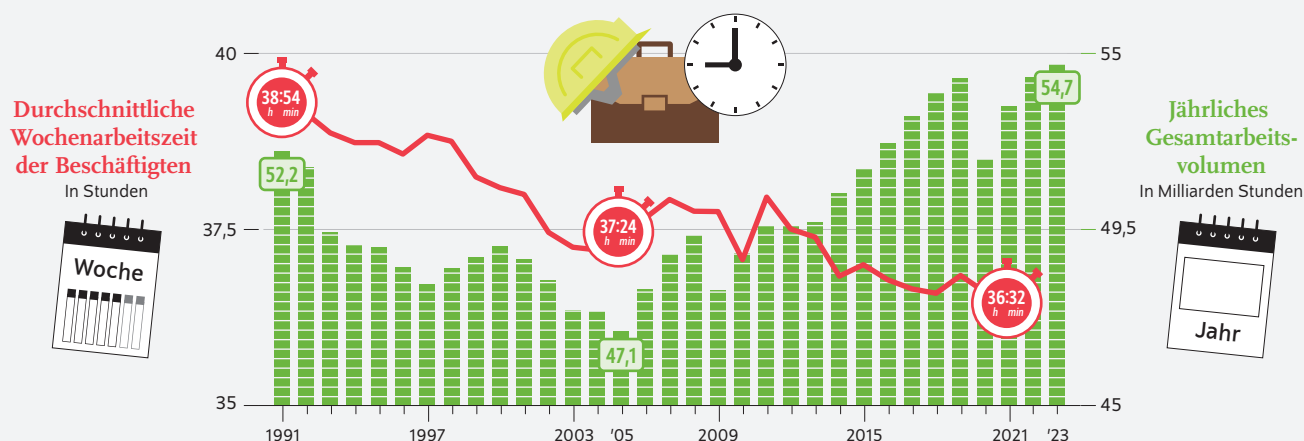
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Durchschnittliche Arbeitszeiten in Deutschland sinken, Gesamtarbeitsvolumen auf Rekordhoch

Von Mattis Beckmannshagen und Annika Sperling

- Studie untersucht, wie sich Arbeitszeiten und Unterbeschäftigung in Deutschland seit der Wiedervereinigung entwickelt haben
- Durchschnittliche Arbeitszeiten der Beschäftigten sind gesunken, Gesamtarbeitsvolumen auf Höchststand
- Mütter würden Erwerbsarbeitszeit oft gern ausdehnen, tragen aber Hauptlast im Haushalt und bei Kinderbetreuung
- Angesichts des Fachkräftebedarfs sollten Hürden bei Ausweitung der Arbeitszeit abgebaut werden
- Ehegattensplitting setzt falsche Anreize, Kinderbetreuung sollte ausgebaut werden

Im wiedervereinigten Deutschland wurde insgesamt noch nie so viel gearbeitet wie 2023 – Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Beschäftigten ging jedoch zurück



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP v38 (gewichtet) und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Den Angaben der VGR liegt die IAB-Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zugrunde.

© DIW Berlin 2024

ZITAT

„Seit der Wiedervereinigung hat die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich zugenommen. Gerade Mütter würden aber häufig gern ihre Arbeitszeit ausweiten – ihr enormes Potenzial für den Arbeitsmarkt bleibt oft ungenutzt.“

— Mattis Beckmannshagen —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Mattis Beckmannshagen
www.diw.de/mediathek

Durchschnittliche Arbeitszeiten in Deutschland sinken, Gesamtarbeitsvolumen auf Rekordhoch

Von Mattis Beckmannshagen und Annika Sperling

ABSTRACT

Ob in den Tarifverhandlungen oder der Debatte über den Fachkräftemangel: Die Arbeitszeiten der Beschäftigten in Deutschland werden derzeit kontrovers diskutiert. Unterschiedliche Seiten bringen eine Ausweitung oder auch eine Reduzierung der Arbeitszeit ins Spiel. Auf Grundlage von Daten des Sozio-oekonomischen Panels wirft die vorliegende Untersuchung einen detaillierten Blick auf die Entwicklung der Arbeitszeiten seit der Wiedervereinigung. Die Analyse zeigt, dass die durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeiten der Beschäftigten zwar gesunken sind, das Gesamtarbeitsvolumen aber gleichzeitig stieg und 2023 seinen bisherigen Höhepunkt von 55 Milliarden Stunden erreicht hat. Insbesondere für Mütter ist es noch immer schwierig, Familie und Beruf zu vereinbaren. Das führt dazu, dass Frauen häufig weniger arbeiten, als sie gerne würden. Mit Blick auf den hohen Fachkräftebedarf sollten politische Maßnahmen darauf abzielen, Frauen stärker bei der Ausweitung ihrer Arbeitszeiten zu unterstützen.

Die Arbeitszeiten in Deutschland sind in den vergangenen Jahren zunehmend zum Gegenstand gesellschaftlicher Debatten geworden. Während Gewerkschaften in Tarifverhandlungen immer häufiger kürzere Arbeitszeiten fordern, streben Arbeitgeberverbände das Gegenteil an. Sie stützen sich dabei auf die im internationalen Vergleich geringe durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Deutschland¹ und den großen Bedarf an Fachkräften. Dabei argumentieren sie, insbesondere die jüngeren Generationen Y und Z² sollten „mehr Bock auf Arbeit“³ haben. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die CDU haben gefordert, die regelmäßige Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden auszu-dehnen⁴ beziehungsweise Überstunden von der Lohnsteuer zu befreien.⁵

Dieser Wochenbericht beleuchtet, wie sich die Arbeitszeiten in Deutschland seit der Wiedervereinigung entwickelt haben. Im ersten Teil wird sowohl die geschlechts- als auch kohortenspezifische Zeitaufteilung zwischen Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und Hausarbeit untersucht. Diese Zeitaufteilung entspricht jedoch nicht immer den Wünschen der Beschäftigten. Deshalb konzentriert sich der zweite Teil dieses Wochenberichts auf Unterbeschäftigte, also Arbeitnehmer*innen, die gerne mehr arbeiten würden. Es wird untersucht, welche soziodemographischen Charakteristika häufig mit Unterbeschäftigung einhergehen und inwiefern Potenzial ungenutzt bleibt, den Fachkräftebedarf zu decken. Die Datengrundlage liefert das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), da es neben detaillierten Informationen zur Arbeitszeit auch weitere Daten für Einzelpersonen und Haushalte erfasst (Kasten 1).

¹ Eurostat (2023): Durchschnittliche normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden in Haupttätigkeit, nach Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf, Vollzeit-/Teilzeittätigkeit und Wirtschaftszweigen (online verfügbar, abgerufen am 20. März 2024, dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders angegeben).

² Generation Y umfasst Personen, die in den 1980ern und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre geboren wurden. Generation Z umfasst Personen, die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und in den 2000er Jahren geboren wurden.

³ Table Media (2023): Interview mit dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Steffen Kampeter (online verfügbar).

⁴ Jochen Gaugele und Alessandro Peduto (2022): BDI-Präsident Russwurm: Große Sympathie für 42-Stunden-Woche. Funke Mediengruppe vom 18. Juni 2022 (online verfügbar).

⁵ Siehe Reformplan für eine starke Wirtschaft der CDU (2024) (online verfügbar).

Durchschnittliche Erwerbsarbeitszeiten gehen seit Wiedervereinigung zurück

In der Entwicklung der durchschnittlichen tatsächlichen Wochenarbeitszeit der Beschäftigten seit 1991 zeigen sich deutliche Geschlechterunterschiede: Frauen arbeiten im Schnitt weniger Wochenstunden als Männer. Ihre durchschnittliche Arbeitszeit ist seit 2011 konstant, während die der Männer kontinuierlich sinkt (Abbildung 1). Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Beschäftigten weist daher einen abnehmenden Trend auf, was suggeriert, es würde in Deutschland insgesamt weniger gearbeitet.

Trotz der gesunkenen durchschnittlichen Arbeitszeit steigt die Summe aller jährlich gearbeiteten Stunden in Deutschland seit circa 2005 jedoch stark (Abbildung 2). Dieser Trend lässt sich sowohl auf Basis der im SOEP erhobenen wöchentlichen Stunden als auch bei den jährlichen Stunden aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nachweisen.⁶ Demnach wurde im wiedervereinigten Deutschland noch nie so viel gearbeitet wie im Jahr 2023, als die abhängig Beschäftigten insgesamt knapp 55 Milliarden Stunden Arbeit leisteten. Das Arbeitszeitvolumen lag 1991 bei 52 Milliarden und erreichte 2005 einen Tiefpunkt von 47 Milliarden Stunden.

Der Anstieg des Arbeitszeitvolumens geht darauf zurück, dass insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen zugenommen hat: Zwischen 1991 und 2022 ist der Anteil um 16 Prozentpunkte auf 73 Prozent gestiegen.⁷ Allerdings ist fast die Hälfte der erwerbstätigen Frauen in Deutschland teilzeitbeschäftigt,⁸ was zu einer im europäischen Vergleich relativ geringen durchschnittlichen Arbeitszeit aller Beschäftigten von 34,7 Wochenstunden (2022) führt.^{9,10} In Spanien betrug die Erwerbsbeteiligung von Frauen 2022 beispielsweise 64 Prozent¹¹ mit einer Teilzeitquote von knapp 20 Prozent.¹² Dies zeigt sich in der dort höheren durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 37,6 Stunden.^{13,14}

⁶ Einzig in den Jahren 2020 und 2021 weichen die Datenquellen stärker voneinander ab. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die wöchentlichen Arbeitszeiten im SOEP unterjährige Arbeitsunterbrechungen oder -reduzierungen (zum Beispiel durch Kurzarbeit) im Verlauf der Coronapandemie weniger genau abbilden.

⁷ Statistisches Bundesamt (2023): Erwerbstätigenquoten 1991 bis 2022 (online verfügbar).

⁸ Eurostat (2023): Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung, nach Geschlecht und Alter (online verfügbar).

⁹ Dieser Mechanismus erklärt auch die hohe durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Deutschland in den 90er Jahren. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen war damals niedriger und der Anteil der Arbeitnehmerinnen, denen ihre Karriere besonders wichtig war, war höher. Diese arbeiten häufiger in Vollzeit, was den Durchschnitt nach oben treibt.

¹⁰ Diese Zahl weicht aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren leicht von den in Abbildung 1 dargestellten Werten ab.

¹¹ Eurostat (2023): Erwerbstätigenquote nach Geschlecht (online verfügbar).

¹² Eurostat (2023): Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung, nach Geschlecht und Alter (online verfügbar).

¹³ Eurostat (2023): Durchschnittliche normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden in Haupttätigkeit, nach Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf, Vollzeit-/Teilzeittätigkeit und Wirtschaftszweigen (online verfügbar).

¹⁴ Einen detaillierten internationalen Vergleich von Arbeitszeiten, der u. a. auch Urlaubstage mit einbezieht liefert Alexander Bick, Bettina Brüggemann und Nicola Fuchs-Schündeln (2019): Hours Worked in Europe and the United States: New Data, New Answers. Scandinavian Journal of Economics 121(4), 1381–1416.

Kasten 1

Datengrundlage: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)

Das SOEP ist eine repräsentative, seit 1984 wiederholte und multidisziplinäre Haushaltsbefragung von aktuell etwa 15 000 Haushalten pro Jahr.¹ Für diesen Wochenbericht wurden Angaben zum Arbeitsleben von abhängig Beschäftigten im Alter zwischen 18 und 65 Jahren im Zeitraum von 1991 bis 2021 analysiert. Dazu zählt auch ihre tatsächliche und gewünschte Arbeitszeit. Die Angaben zur Arbeitszeit beziehen sich ausschließlich auf die Haupttätigkeit der Beschäftigten, etwaige Nebentätigkeiten werden im Rahmen des Berichts nicht berücksichtigt.

Mithilfe dieser Angaben kann festgestellt werden, ob die befragte Person mehr oder weniger arbeitet, als sie es sich wünscht. Um Schwankungen in diesen Angaben Rechnung zu tragen, gilt in diesem Wochenbericht eine Person als unterbeschäftigt, wenn die gewünschte Arbeitszeit mindestens vier Wochenstunden über der tatsächlichen Arbeitszeit liegt.

Neben den Angaben zur Arbeitszeit werden die Befragten im SOEP außerdem alle zwei Jahre auch nach der Stundenanzahl gefragt, die sie werktags und am Wochenende für verschiedene Alltagsaktivitäten aufwenden. Diese beinhalten unter anderem die Zeit für Kinderbetreuung, Hausarbeit, Freizeit und Sport. Um die Vergleichbarkeit mit der Arbeitszeit zu gewährleisten, wurden die Angaben für diesen Wochenbericht auf wöchentliche Werte hochgerechnet. Bei allen Stundenangaben ist zu berücksichtigen, dass es sich um Selbstauskünfte handelt. Subjektive Wahrnehmung sowie soziale Erwünschtheit können hier also zu verzerrten Angaben führen, insbesondere da das Thema Gleichstellung der Geschlechter im betrachteten Zeitraum an Bedeutung gewonnen hat.

¹ Jan Goebel et al. (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP). Journal of Economics and Statistics, 239 (2), 345–360.

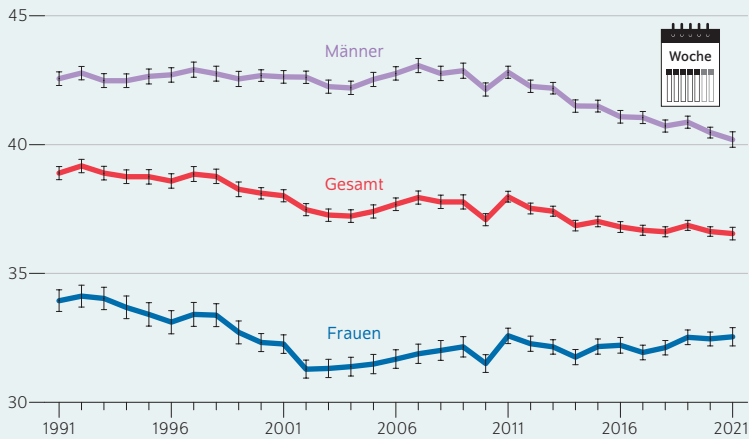
Geschlechterunterschiede bei Zeitaufteilung in Familien bleiben bestehen

Die deutlich gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen spiegelt einen größeren gesellschaftlichen Wandel wider: Haushalte bewegen sich zunehmend weg vom traditionellen Einverdienermodell und hin zu Zweiverdienerhaushalten, in denen beide Partner*innen erwerbstätig sind. Diese Entwicklung stellt Familien bei der Zeit- und Aufgabenverteilung vor Herausforderungen. Im Folgenden wird dargestellt, wie die Zeit für Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Hausarbeit in Haushalten mit Kindern unter 16 Jahren getrennt nach Männern und Frauen in verschiedenen Altersgruppen in den Jahren 1999, 2009 und 2019 verwendet wird.¹⁵ Durch

¹⁵ Diese Jahre wurden gewählt, da die Zeit-Allokation im Haushalt in den Jahren 2020 und 2021 stark durch Einschränkungen in Folge der Coronapandemie beeinflusst wurden.

Abbildung 1

Tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit der Beschäftigten In Stunden



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP, v38 (gewichtet).

© DIW Berlin 2024

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Beschäftigten ist seit 1991 insgesamt gefallen.

diese Perspektive lassen sich Aussagen darüber treffen, wie sich die Aufteilung über Generationen hinweg verändert hat. Die Angaben zur Zeitverwendung im Haushalt – wie auch die Arbeitszeiten – beruhen auf Selbstauskünften. Sich im Laufe der Zeit veränderte Einstellungen zur Geschlechtergerechtigkeit können die Angaben durch soziale Erwünschtheit beeinflussen.¹⁶ Ein Blick auf die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitszeit verdeutlicht die geschlechtsspezifischen Unterschiede, offenbart jedoch nur geringe kohortenspezifische Veränderungen (Abbildung 3, links). In beiden jüngsten Altersgruppen der Männer ist die wöchentliche Arbeitszeit seit 1999 um durchschnittlich zwei Stunden zurückgegangen. Weniger klare Entwicklungen zeigen sich bei Frauen. Nur in der Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen ist ein eindeutig ansteigender Trend bei der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit zu beobachten.¹⁷

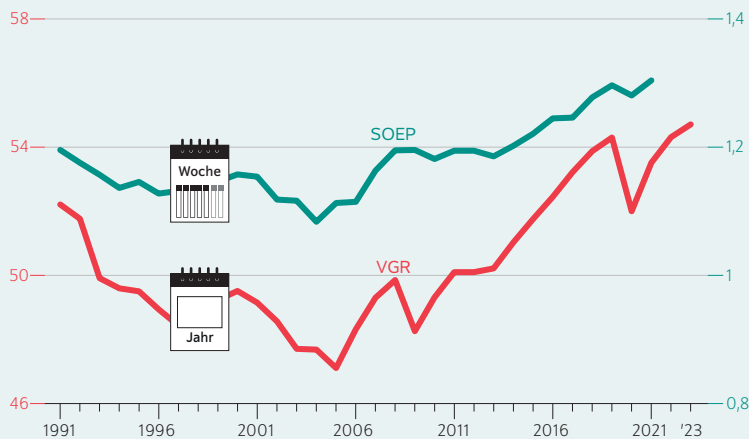
Mütter wenden unabhängig vom Alter stets deutlich mehr Zeit für Kinderbetreuung auf als Väter (Abbildung 3, Mitte). Dazu fällt bei den Müttern der Altersgruppe 35 bis 44 auf, dass der Zeitaufwand für Kinderbetreuung 2019 deutlich höher war als noch 1999 (43 zu 28 Stunden pro Woche). Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass das durchschnittliche Alter der Frauen zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes in diesem Zeitraum gestiegen ist.¹⁸ Väter im Alter zwischen 25 und 44 hingegen verbringen 2019 durchschnittlich circa zehn Stunden pro Woche mehr Zeit mit Kinderbetreuung als noch 1999. Trotz dieses Aufholrends bleibt der Mehraufwand für Mütter eklatant: Bei den 25- bis 34-Jährigen liegt die Differenz bei 28 Wochenstunden.

Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich auch bei der Hausarbeit (Abbildung 3, rechts). Frauen geben in allen Altersgruppen an, deutlich mehr Stunden pro Woche mit Aktivitäten im Haushalt zu verbringen als Männer. Auffällig ist jedoch, dass die durchschnittlichen wöchentlichen Angaben der Frauen über alle Altersgruppen hinweg in den vergangenen 20 Jahren deutlich um 4,5 bis sechs Stunden gesunken sind. Bei Männern wiederum stieg die durchschnittliche Zeit für Hausarbeit in allen Altersgruppen leicht an. Insbesondere bei den 35- bis 44-Jährigen wuchs der zeitliche Aufwand seit 1999 um mehr als 1,5 Stunden auf etwa sechs Stunden an.

Während die Erwerbsbeteiligung von Frauen also stark gestiegen ist, scheint sich die Aufgabenverteilung im Haushalt über die betrachteten zwei Jahrzehnte kaum verändert zu haben. Die durchschnittliche Zeit, die Männer für

Abbildung 2

Arbeitszeitvolumen der Beschäftigten In Milliarden Stunden



Anmerkung: Die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) beziehen sich jeweils auf das ganze Jahr. Die SOEP-Daten beziehen sich auf die gewichtete jährliche Summe der Angaben zur durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP v38 (gewichtet) und VGR. Den Angaben der VGR liegt die IAB-Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zugrunde.

© DIW Berlin 2024

Das Arbeitszeitvolumen ist bis Mitte der 2000er Jahre gefallen, steigt aber seitdem wieder an.

16 Die Daten der Zeitverwendungserhebung (ZVE) 2022 des Statistischen Bundesamts zeigen ähnliche Entwicklungen wie die hier präsentierten. Leichte Abweichungen entstehen jedoch durch unterschiedliche Definitionen von Aktivitäten und Zuzchnitt der Stichprobe. Für mehr Informationen zur ZVE 2022 siehe auch: Statistisches Bundesamt (2024): Wo bleibt die Zeit? Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2022 (online verfügbar).

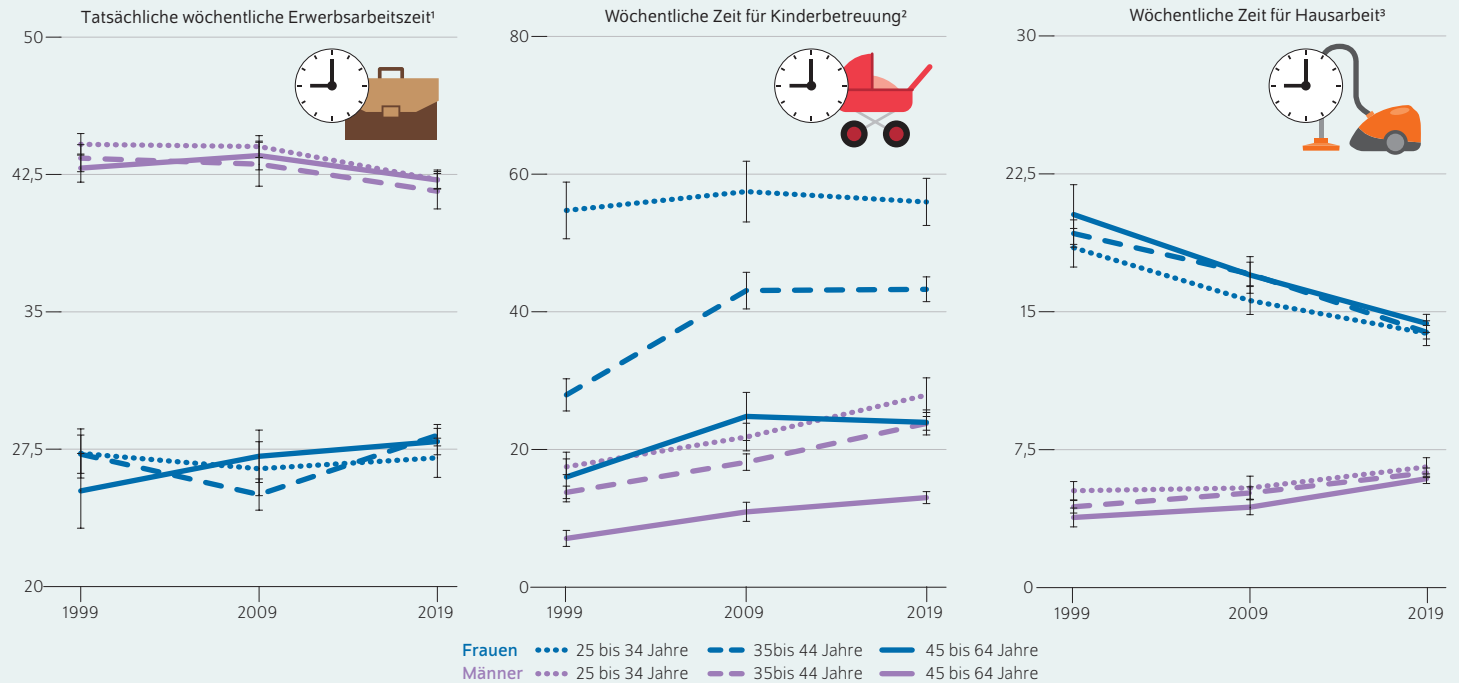
17 Für die gewünschten und tatsächlichen Arbeitszeiten der unter 25-jährigen sowie die Rolle von studierenden Beschäftigten siehe Susanne Wanger und Enzo Weber (2023): Arbeitszeit: Trends, Wunsch und Wirklichkeit. IAB-Forschungsbericht Nr. 16.

18 Zwischen 2009 und 2022 ist das Durchschnittsalter der Frauen in Deutschland bei Geburt des ersten Kindes um knapp 1,5 Jahre auf 30,1 gestiegen. Eurostat (2023): Fruchtbarkeitsziffern (online verfügbar).

Abbildung 3

Zeitverwendung für Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und Hausarbeit (nach Geschlecht)

In Stunden



1 Mittelwerte der tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeit.

2 Mittelwerte der auf die gesamte Woche hochgerechneten Summe der Angaben zum Stundenumfang für Kinderbetreuung an Werktagen und am Wochenende.

3 Mittelwerte der auf die gesamte Woche hochgerechneten Summe der Angaben zum Stundenumfang für Hausarbeit an Werktagen und am Wochenende.

Anmerkungen: Die schwarzen vertikalen Linien kennzeichnen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle. Zu einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent liegt der wahre Mittelwert in diesem Intervall.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP, v38 (gewichtet).

© DIW Berlin 2024

Frauen wenden mehr Zeit für Kinderbetreuung auf als gleichaltrige Männer. Der Zeitaufwand der Frauen für Hausarbeit sinkt über den beobachteten Zeitraum, derjenige der Männer steigt leicht.

Kinderbetreuung und Hausarbeit aufwenden, hat zwar leicht zugenommen. In diesem Kontext sind auch die leicht gesunkenen Wochenarbeitszeiten von Männern zu betrachten. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Zeit, die Frauen mit Hausarbeit verbringen, deutlich zurückgegangen. Dennoch würde es bei einem Fortlaufen dieser Trends noch Jahrzehnte dauern, bis eine ausgeglichene Arbeitsteilung erreicht wäre – insbesondere bei der Kinderbetreuung.

Trotz Fachkräftebedarfs: Insbesondere Frauen von Unterbeschäftigung betroffen

Der Wandel hin zu mehr Zweiverdienerhaushalten bedeutet für viele Familien mehr Abstimmungsbedarf. Die damit einhergehenden Herausforderungen können dazu beitragen, dass Beschäftigte Kompromisse eingehen müssen und nicht immer so viel arbeiten, wie sie es wünschten. Im SOEP werden neben den tatsächlichen auch die gewünschten Arbeitszeiten erhoben. Auf dieser Grundlage lassen sich Indikatoren für Über- und Unterbeschäftigung berechnen, die eine Diskrepanz von plus/minus vier Wochenstunden zwischen

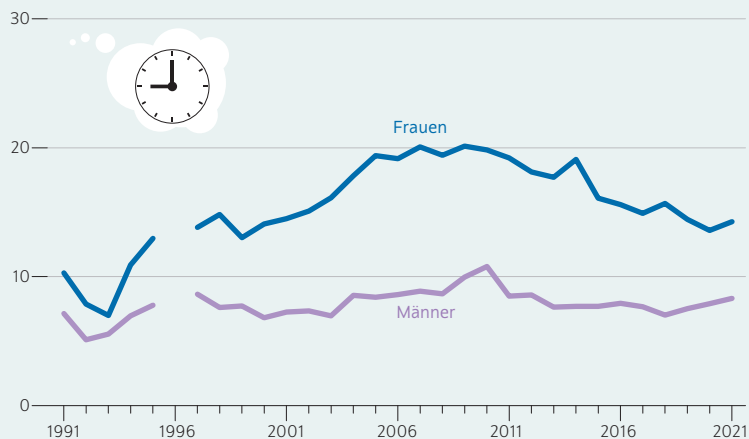
gewünschter und tatsächlicher Arbeitszeit voraussetzen (Kasten 1). Aufgrund des viel diskutierten Bedarfs an Fachkräften, der in den kommenden Jahren wegen der demographischen Entwicklung voraussichtlich weiterwächst,¹⁹ konzentriert sich der zweite Teil dieses Wochenberichts auf Beschäftigte, die mehr Stunden arbeiten möchten, also von Unterbeschäftigung betroffen sind.²⁰ Es wird untersucht, wie sich Unterbeschäftigung über die Zeit entwickelt hat und wer im Jahr 2021 unterbeschäftigt ist. Daraus wird abgeleitet, wie die gewünschte Ausweitung der Arbeitszeit realisiert werden kann und ob diese dazu beitragen kann, den Fachkräftebedarf partiell zu decken. Seit der Wiedervereinigung ist der Anteil der unterbeschäftigten Frauen an der Gesamtheit

¹⁹ Michael Berlemann und Marina Eurich (2023): Arbeitslosigkeit, Fachkräftemangel und Demografie. Wirtschaftsdienst 103(2), 147–148.

²⁰ Für eine Analyse von Unter- und Überbeschäftigung sowie daraus resultierenden Implikationen für die Ungleichheit in Erwerbseinkommen siehe Mattis Beckmannshagen und Carsten Schröder (2022): Entwicklung der Arbeitszeiten treibt die Ungleichheit der Erwerbseinkommen. DIW Wochenbericht Nr. 33/34, 427–434 (online verfügbar); Mattis Beckmannshagen und Carsten Schröder (2022): Earnings inequality and working hours mismatch. Labour Economics 76, 102184.

Abbildung 4

Anteil Unterbeschäftigung bei Männern und Frauen In Prozent



Anmerkung: Als unterbeschäftigt gelten alle Erwerbstätigen, bei denen die gewünschte Arbeitszeit mindestens vier Stunden länger ist als die tatsächliche. Für 1996 liegen keine Informationen zu gewünschten Arbeitszeiten vor.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP, v38 (gewichtet).

© DIW Berlin 2024

Unterbeschäftigung bei Frauen hat sich von Mitte der 1990er Jahre bis 2010 verdoppelt, ist seitdem aber wieder leicht gesunken.

der Beschäftigten stets höher als derjenige der Männer und schwankt deutlich stärker (Abbildung 4).²¹ In der zweiten Hälfte der 2000er Jahre war die Unterbeschäftigung unter Frauen besonders hoch, sinkt seitdem aber wieder leicht.

Welche Personengruppen sind besonders häufig von Unterbeschäftigung betroffen? Während der Wohnort für männliche Beschäftigte keinen Unterschied macht, sind Frauen in Westdeutschland häufiger unterbeschäftigt als in Ostdeutschland (Tabelle 1). Männer arbeiten in der ersten Erwerbsphase zwischen 18 und 28 Jahren überdurchschnittlich oft weniger, als sie es wünschten. Bei Frauen hingegen scheinen insbesondere Kinder mit einem höheren Unterbeschäftigungsrisiko einherzugehen. Während Mütter mit einer Wahrscheinlichkeit von 18 Prozent überdurchschnittlich häufig unterbeschäftigt sind, ist dies für Väter nicht der Fall.

Darüber hinaus geht geringfügige Beschäftigung – sowohl bei Männern als auch bei Frauen – besonders häufig mit Unterbeschäftigung einher: 37 Prozent der geringfügig Erwerbstätigen arbeiten weniger Stunden, als sie sich wünschen. Für viele Beschäftigte scheint die seit 2024 bei 538 Euro liegende Geringfügigkeitsgrenze eine Hürde für die Ausweitung ihrer Arbeitszeit darzustellen.²² Zudem sind bei beiden Geschlechtern Menschen mit geringeren Bildungsabschlüssen besonders häufig unterbeschäftigt. Dies heißt aber nicht, dass Unterbeschäftigte ausschließlich einfache Hilfstätigkeiten ausführen. Zwar ist unter den als Hilfsarbeitskräften klassifizierten Beschäftigten (Kasten 2) der Anteil an Unterbeschäftigung am höchsten, allerdings arbeiten auch Fachkräfte überdurchschnittlich oft weniger, als sie wollen. Auch hier sind geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen. Nur bei den Frauen sind Fachkräfte besonders oft unterbeschäftigt. Während Unterbeschäftigung also insgesamt mit zunehmendem Qualifikationsniveau sinkt, sind es insbesondere weibliche Fachkräfte, die weniger arbeiten, als sie wollen. Im Hinblick auf den hohen Fachkräftebedarf scheint hier also ungenutztes Potenzial vorhanden zu sein.

Fazit: Abbau der Unterbeschäftigung von Müttern kann Fachkräftemangel entgegenwirken

Mit Ausnahme der Pandemiejahre ist das Arbeitszeitvolumen im vergangenen Jahrzehnt kontinuierlich gestiegen. Diese positive Entwicklung stellt gleichzeitig eine Herausforderung dar – sowohl für Familien und deren Aufteilung von Erwerbs- und Carearbeit als auch für Arbeitgeber, die auf die Wünsche ihrer Beschäftigten hinsichtlich Arbeitszeit und -flexibilität eingehen wollen.

Tabelle 1

Anteil Unterbeschäftigte nach Charakteristika im Jahr 2021 In Prozent

	N	Insgesamt	Männer	Frauen
Gesamt	9398	11	8	14
Ost	1642	9	8	10
West	7755	12	8	15
18-28 Jährige	1228	16	17	14
29-40 Jährige	2448	12	9	15
41+ Jährige	5722	10	6	14
Kinder im HH	3485	12	6	18
Minijob	497	37	37	37
kein Abschluss	284	31	23	50
Schulabschluss	1117	20	17	24
beruflicher Bildungsabschluss	4494	10	7	14
Hochschulabschluss	3172	9	7	11
Hilfsarbeitskräfte	759	27	19	32
Fachkräfte	2909	13	9	19
Gehobene Fachkräfte	2115	9	9	10
Führungskräfte und Akademiker	2183	6	5	7

Anmerkungen: Anteil der Unterbeschäftigten im Jahr 2021 in verschiedenen Personengruppen. Berlin wurde als zu Westdeutschland zugehörig behandelt. Anforderungsniveaus basierend auf ISCO-08. N entspricht der Anzahl an Personen in der jeweiligen Gruppe.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP, v38 (gewichtet).

© DIW Berlin 2024

²¹ Hier sei angemerkt, dass die Befragten in der Gesamtheit häufiger überbeschäftigt sind, 48 Prozent würden eine Verringerung ihrer Arbeitszeit bevorzugen. Im Jahr 2021 würden die Beschäftigten im Durchschnitt gerne 3,5 Stunden pro Woche weniger arbeiten.

²² Da es sich für viele geringfügig Beschäftigte aufgrund höherer steuerlicher Belastung nicht lohnt, mehr als die derzeitige Grenze für sozialversicherungsfreies Einkommen von 538 Euro im Monat zu verdienen, stellen Minijobs in Verbindung mit dem Mindestlohn von aktuell 12,41 Euro eine faktische Begrenzung der Arbeitszeit auf maximal circa zehn Wochenstunden dar (Stand Januar 2024).

Kasten 2

ISCO-Klassifikation von Berufen

Bei ISCO-08 (nachfolgend ISCO) handelt es sich um eine international einheitliche Klassifikation von Berufen (englisch: International Standard Classification of Occupations) aus dem Jahr 2008. Sie wurde von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) konzipiert und dient der internationalen Vergleichbarkeit. Bei der Klassifizierung werden sowohl das Gebiet der Tätigkeit (zum Beispiel Bürokräfte oder Handwerksberufe) als auch der Komplexitätsgrad berücksichtigt. Dieser wird anhand der zu erfüllenden Aufgaben, dem höchsten geforderten formalen Bildungsabschluss und der erforderlichen Erfahrung bestimmt. Die Berufsgruppen lassen sich demnach in vier Anforderungsniveaus gruppieren: Hilfskräfte, Fachkräfte, gehobene Fachkräfte und akademische Berufe.¹ Für die Analyse im vorliegenden Wochenbericht wurde zum letztgenannten Niveau die Gruppe der Führungskräfte hinzugefügt. Die Gruppe der Soldat*innen wurde nicht berücksichtigt.

¹ International Labour Organization (ILO) (2012): International Standard Classification of Occupations. Structure, Group Definitions, and Correspondence Tables, S. 12.

Die Bedürfnisse von Familien sind unterschiedlich, sodass pauschale Lösungen wenig zielführend sind und den gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit sogar behindern könnten. Außerdem ist nicht immer vorhersehbar, wie sich vorgeschlagene Arbeitszeit-Reformen auswirken. In Frankreich hatte eine Steuerbefreiung von Überstunden beispielsweise keinen Effekt auf das Gesamtarbeitsvolumen. Nur hochqualifizierte Beschäftigte gaben an, mehr Überstunden gemacht zu haben, um von den steuerlichen Vorteilen zu profitieren.²³

Zwar wird der Abbau von Unterbeschäftigung allein den Fachkräftebedarf in Deutschland nicht decken, aber dennoch besteht hier Potenzial, das diesen zumindest abmildern könnte. Es wäre erstrebenswert, mit gezielten politischen Maßnahmen die unterbeschäftigten Personengruppen dabei zu unterstützen, ihre gewünschte Arbeitszeit zu realisieren.

Dabei liegen vor allem zwei Handlungsoptionen nahe: Zum einen scheint die Geringfügigkeitsgrenze für viele Beschäftigte eine Hürde darzustellen, ihre Arbeitszeit zu erhöhen. Insbesondere in Verbindung mit den aus dem Ehegattensplitting resultierenden steuerlichen Anreizen lohnt sich eine Ausweitung der Arbeitszeit über die Minijobgrenze hinaus oft kaum – gerade für Frauen, die häufig Zweitverdienerinnen sind. Ziel sollte also sein, Minijobs zu reduzieren und in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu

überführen.²⁴ In diesem Kontext stellt sich die Frage, inwiefern die Minijob-Reform vom Oktober 2022 Unterbeschäftigung unter geringfügig Beschäftigten reduziert. Zuvor führte eine Überschreitung der Geringfügigkeitsgrenze – durch die im Moment der Überschreitung sprunghaft erhobenen Sozialversicherungsbeiträge – zu einem Verlust im Nettoverdienst. Seit der Reform steigen die Arbeitnehmerbeiträge nur schrittweise an, sodass ein Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze nicht mehr zwangsläufig mit Nettoverlusten einhergeht.²⁵ Auch die von der Ampel-Koalition geplante Reform der Lohnsteuerklassen III und V zielt darauf ab, die individuelle Steuerbelastung von Zweitverdiener*innen zu reduzieren. Es ist jedoch fraglich, wie stark sich diese auf das Arbeitsangebot auswirkt, da sie lediglich die Steuerlast zwischen den Partner*innen verschiebt. Nur eine zusätzliche Reform des Ehegattensplittings würde sich auch auf das gemeinsame Nettojahreseinkommen des Haushalts auswirken.²⁶

Ein weiterer Ansatzpunkt ist der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Im Jahr 2022 besuchten 36 Prozent der unter Dreijährigen eine Kindertagesbetreuung, während sich 49 Prozent der Eltern eine solche Betreuung wünschten.²⁷ Der Bedarf wird also nach wie vor nicht vollständig gedeckt. Eine umfassendere Versorgung mit Kita-Plätzen ist daher unerlässlich, um Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und so Müttern eine stärkere Erwerbsbeteiligung in ihrem gewünschten Umfang zu ermöglichen. Zuletzt ist aber auch eine ausgeglichene Verteilung der unbezahlten Arbeit im Haushalt notwendig. Der vorliegende Bericht zeigt zwar, dass Väter heute deutlich mehr Zeit für Kinderbetreuung aufwenden als noch vor 20 Jahren. Dennoch ist der Zeitaufwand für Kinderbetreuung bei Müttern nach wie vor um ein Vielfaches höher. Die Politik kann hier Anreize setzen, die den langsamen gesellschaftlichen Trend hin zu einer ausgeglicheneren Aufgabenverteilung im Haushalt flankieren – beispielsweise bei der Ausgestaltung der Elternzeitregelungen.²⁸ Denn weitere Schritte auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit sind notwendig, um das vorhandene Erwerbspotenzial bei Frauen auszuschöpfen und dem Arbeitskräftebedarf entgegenzusetzen.

²⁴ Siehe hierzu Alexandra Fedorets et al. (2021): Der Makel der Minijobs. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. November 2021.

²⁵ Zur Reform der Minijob-Regelung siehe Holger Schäfer (2022): Wird die Minijob-Falle entschärft? IW-Kurzbericht Nr. 44.

²⁶ Stefan Bach et al. (2022): Abschaffung der Lohnsteuerklasse V sinnvoll, ersetzt aber keine Reform des Ehegattensplittings. DIW Wochenbericht Nr. 10, 160-165 (online verfügbar).

²⁷ Kathrin Bock-Famulla et al. (2023): Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2023. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.).

²⁸ Jonas Jessen, Lavinia Kinne und Katharina Wrohlich (2024): Gender Care Gap in Deutschland: Kein anhaltender Anstieg infolge der Corona-Pandemie. DIW Wochenbericht Nr. 9, 123-130 (online verfügbar).

²³ Siehe Pierre Cahuc und Stéphane Carcillo (2014): The Detaxation of Overtime Hours: Lessons from the French Experiment. Journal of Labor Economics 32(2), 361-400.

ARBEITSZEIT

Mattis Beckmannshagen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel im DIW Berlin | mbeckmannshagen@diw.de

Annika Sperling ist studentische Mitarbeiterin in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel im DIW Berlin | asperling@diw.de

JEL: J22, J21, J13

Keywords: labor supply, working hours, underemployment

INTERVIEW



„Arbeitgeber sollten Frauen mit flexibleren Angeboten entgegenkommen“

Mattis Beckmannshagen, wissenschaftlicher
Mitarbeiter des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)
im DIW Berlin

1. **Herr Beckmannshagen, wie haben sich die Arbeitszeiten in Deutschland seit der Wiedervereinigung entwickelt? Wird heute mehr gearbeitet als früher oder weniger?** Insgesamt wird heute auf jeden Fall mehr gearbeitet als noch vor 30 Jahren. Das Gesamtarbeitsvolumen ist gestiegen, weil die Erwerbsbeteiligung in Deutschland zugenommen hat. Mitte der 2000er Jahre war das Gesamtarbeitsvolumen niedriger. Momentan liegt es auf einem Allzeithoch von etwa 55 Milliarden Arbeitsstunden, die jährlich in Deutschland geleistet werden.
2. **Wie sieht die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeiten aus?** Das ist eine spannende Frage. Während das Gesamtarbeitsvolumen gewachsen ist, sind die durchschnittlichen Arbeitszeiten gesunken.
3. **Wie ist das zu erklären?** Das hängt damit zusammen, dass die Erwerbsbeteiligung in den letzten 30 Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Das betrifft insbesondere Frauen, die häufiger in Teilzeit arbeiten. Dementsprechend steigt die Summe der geleisteten Arbeitsstunden insgesamt, während die durchschnittliche Arbeitszeit unter den Beschäftigten fällt. Zwar arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit, gleichzeitig aber übernehmen insbesondere die Mütter den Großteil der Sorge- und Hausarbeit. Die Konsequenz daraus ist, dass ihre durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeiten niedriger sind als bei Männern.
4. **Welche Personen sind von Unterbeschäftigung betroffen und inwieweit stellt Unterbeschäftigung ein ungenutztes Potenzial zur Deckung des Fachkräftebedarfs dar?** Es wird viel über den Fachkräftebedarf geredet. Gleichzeitig gibt es Menschen, die mehr arbeiten wollen. Insbesondere die Gruppe der Mütter, aber auch Minijobber*innen, wollen ihre Arbeitszeit ausweiten. Hier geht es um substantielle Volumina, mit denen der Fachkräftebedarf zumindest in Teilen gedeckt werden könnte. Das betrifft nicht nur Hilfsarbeitskräfte, sondern auch Fachkräfte. Genau dieses Potenzial gilt es zu nutzen.

5. **Wie ist es zu erklären, dass diese Menschen nicht Fuß fassen können, obwohl sie doch gebraucht werden?** Besonders Mütter befinden sich hier häufig in einer schwierigen Situation, weil sie flexibel sein müssen. Wenn sie die Kinder aus der Kita abholen, Haushaltsaufgaben oder andere Dinge erledigen müssen, wird der Bedarf an Flexibilität immer größer. Hier müssten Arbeitgeber entgegenkommen, wenn sie diese Arbeitskräfte in größerer Zahl gewinnen wollen.
6. **Was bedeuten Ihre Ergebnisse für künftige arbeitspolitische Weichenstellungen?** Grundsätzlich ist es wichtig zu verstehen, dass Arbeitszeitentscheidungen auf Haushaltsebene stattfinden. Wenn beispielsweise gefordert wird, dass Überstunden steuerfrei sind, sollte man berücksichtigen, dass dies die existierende ungleiche Rollenverteilung zementieren kann. Denn wenn ein Partner – häufig der Mann mit höherem Einkommen – noch mehr der Erwerbsarbeit nachgeht, bleibt natürlich trotzdem die Arbeit im Haushalt. Und die wird dann leider nach wie vor mehrheitlich von Frauen erledigt. Der zweite Punkt ist, dass es für Familien eine Herausforderung darstellt, die Erziehungsaufgaben und die Erwerbstätigkeit unter einen Hut zu bekommen. Dementsprechend ist eine Stellschraube der Ausbau von Kindertagesstätten. Hier ist der Bedarf deutlich größer als das Angebot. Eine andere Baustelle ist, dass Minijobber*innen häufig unterbeschäftigt sind. Da stellt sich die Frage, welche Anreize die jetzige Minijob-Regelung setzt – insbesondere in Verbindung mit dem Ehegattensplitting. Auch hier könnte nachjustiert werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview



MARCEL FRATZSCHER

Geldpolitik: Mehr Mut zur Zinswende!

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Chance verpasst, eine Kehrtwende in ihrer Zinspolitik einzuleiten. Im Rahmen der jüngsten Sitzung des EBB-Rats entschied dieser, den Leitzins vorerst konstant zu halten. Damit scheint sich die EZB an die US-Notenbank anlehnen zu wollen, statt dem Vorbild anderer, kleinerer Zentralbanken in Europa zu folgen und die Zinsen bereits jetzt zu senken. Das ist keine gute Nachricht, denn die Geldpolitik ist, neben der Finanzpolitik, nicht nur weiterhin die stärkste Bremse für die europäische Konjunktur. Sie verhindert womöglich auch wichtige Investitionen und macht europäische Unternehmen weniger wettbewerbsfähig.

Zugegebenermaßen befindet sich die EZB derzeit in einem großen Dilemma: Auf der einen Seite sinkt die Teuerungsrate insgesamt – nach drei Jahren mit einer teilweise viel zu hohen Inflation – und ist mit zuletzt 2,4 Prozent im Euroraum wieder auf einem Niveau, das mit dem Ziel der Preisstabilität der EZB übereinstimmt. Auf der anderen Seite liegt die Kerninflation sowie die Inflation im Dienstleistungsbereich noch über dem Ziel der Preisstabilität. Und auch eine Erholung der Löhne dürfte 2024 und 2025 weiterhin Druck auf die Preise ausüben. Das sind Gründe, warum die EZB den jüngsten Entwicklungen noch nicht zu trauen scheint. Allerdings sind all dies auch temporäre Faktoren. Ängste vor einer Lohn-Preis-Spirale bleiben unbegründet, denn Löhne sind nicht mehr indexiert und nur die Hälfte aller Jobs über Tarifverträge abgedeckt. Und die Inflationserwartungen sind sehr gut verankert – Bürger*innen, Unternehmen und Märkte haben Vertrauen, dass die Inflation dauerhaft gering bleiben wird.

Es gibt vier gewichtige Argumente dafür, weshalb der EZB-Rat bereits im Zuge seines Zinsentscheids vergangene Woche Donnerstag einen Kurswechsel hätte einleiten sollen: Der erste Grund ist die schwache konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone und insbesondere in Deutschland. Die Stimmung bei Unternehmen und Verbraucher*innen ist nach wie vor schlecht. Vor allem aber wird die Wirtschaft auch in den kommenden zwei Jahren zum Teil erheblich unter ihrem Potenzial produzieren. Und eine zu geringe Nachfrage könnte die Preise stärker

drücken, als der EZB recht sein kann. Als zweites würde die Geldpolitik der EZB selbst bei starken, baldigen Zinssenkungen noch auf längere Zeit restriktiv bleiben. Der Leitzins befindet sich bei 4,5 Prozent, der neutrale Zins – bei dem Nachfrage und Angebot im Gleichgewicht sind und Preisstabilität vorherrscht – dürfte derzeit deutlich unter drei Prozent liegen. Drittens dauert es eineinhalb Jahre und mehr, bis geldpolitische Maßnahmen ihre volle Wirkung auf die Wirtschaft entfalten. Der vierte Grund schließlich liegt in den Effekten der Geldpolitik auf die Angebotsseite. Kurz- und mittelfristig wirkt sich die Geldpolitik vor allem auf die einheimische Nachfrage aus – also den Konsum und die Investitionen –, langfristig jedoch auch auf die Angebotsseite. Dies zeigt die gegenwärtige Entwicklung in den USA: Trotz eines anhaltenden Wirtschaftsbooms sinkt die Inflation in den USA erheblich, auch weil sich die Produktivität dank robuster Unternehmensinvestitionen sehr positiv entwickelt.

All dies bedeutet für die EZB: Sie kann kurzfristig wenig gegen globale Schocks ausrichten, und die einheimische Nachfrage wird sehr wahrscheinlich in den kommenden Jahren nicht der Grund für eine zu hohe Teuerungsrate sein. Eine zu restriktive Geldpolitik der EZB befeuert jedoch die Gefahr, dass die europäische Wirtschaft weiterhin unter zu geringen Investitionen leidet und europäische Unternehmen einen Nachteil im globalen Wettbewerb haben. In anderen Worten: Die gegenwärtig restriktive Geldpolitik trägt kaum mehr zum Erreichen des Ziels der Preisstabilität bei, droht die Wirtschaft der Eurozone aber zu schwächen und damit langfristig das Erreichen des Inflationsziels wiederum zu erschweren. Die EZB sollte daher entschlossener eine symmetrische Geldpolitik verfolgen. Sie sollte sich nicht darum bemühen, der US-Notenbank zu folgen, denn die amerikanische Wirtschaft ist in einer ganz anderen Situation. Die EZB muss nun also spätestens bei der nächsten Gelegenheit im Juni entschieden handeln.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 11. April 2024 im Tagesspiegel erschienen.